

## Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

### Betreff

**1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln**

**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes**

### Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Ausschuss für Umwelt und Grün	29.09.2011
Finanzausschuss	10.10.2011
Rat	13.10.2011

### Beschluss:

1. Der Rat stimmt der Erhöhung der Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffung KFZ um 98.504 € zu. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 406.504 €.
2. Der Rat beschließt eine Freigabe der im Haushaltsplan 2010/2011, Teilfinanzplan 1301 / öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, veranschlagten Auszahlungsermächtigung, Hj. 2011 in Höhe von 98.504 € bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffung KFZ.

**Haushaltsmäßige Auswirkungen**

<input type="checkbox"/>	<b>Nein</b>				
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>Ja, investiv</b>	Investitionsauszahlungen		406.504,-€	
		Zuwendungen/Zuschüsse	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____	____%
<input type="checkbox"/>	<b>Ja, ergebniswirksam</b>	Aufwendungen für die Maßnahme		_____€	
		Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____	____%

**Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr: 2012**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	<u>50.813,-€</u>

**Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam):****ab Haushaltsjahr: \_\_\_\_\_**

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

**Einsparungen:****ab Haushaltsjahr: \_\_\_\_\_**

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer

\_\_\_\_\_

**Begründung**

Der Finanzausschuss hat am 12.07.2010 die Finanzmittelfreigabe in Höhe von 308.000,- € für die Beschaffung von 2 LKW (18 t) mit Ladekran beschlossen. Das Rechnungsprüfungsamt hat im Rahmen der Bedarfsprüfung den Ersatzbeschaffungen und der Einleitung des Vergabeverfahrens am 06.05.2010 zugestimmt (RPA-Nr. 141/11/11/10).

Im offenen Vergabeverfahren 2011/0246/1 sind insgesamt drei Angebote eingegangen. Alle drei Angebote wurden von der Firma MAN Truck & Bus Deutschland abgegeben. Bezogen auf das Fahrgestell sind die Angebote identisch; Unterschiede ergeben sich beim Aufbau (Ladekran).

Der Auftrag soll über das günstigste Modell erfolgen. Der angebotene Preis für beide Fahrzeuge liegt mit 406.504,- € (inkl. Mehrwertsteuer) jedoch um rd. 98.500,- € über dem kalkulierten Wert.

Bei der Kostenermittlung handelte es sich lediglich um eine Schätzung anhand vorangegangener Erfahrungswerte im Rahmen des in 2008 erstellten Fahrzeug- und Maschinenkonzeptes. Der tatsächliche Finanzbedarf ergibt sich erst durch das erforderliche Ausschreibungsverfahren. Bei der Erstellung des dazu notwendigen Leistungsverzeichnisses konnten nunmehr die Kenntnisse eines zwischenzeitlich eingestellten Maschinenbauingenieurs hinsichtlich der besonderen maschinentechnischen Anforderungen berücksichtigt werden. Ebenfalls eingeflossen sind die erforderlichen Vorgaben von Seiten der Arbeitssicherheit bzw. der Arbeitsmedizin wie z. B. Rückfahrkamera, ergonomischer Fahrersitz, höhere Schadstofffilterklasse.

Darüber hinaus ist seit 2010 ein Anstieg der Stahlpreise auf dem Weltmarkt zu beobachten, wodurch sich auch die Materialkosten für Bleche u. a. im Auto- und Maschinenbau erhöhen.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren handelt es sich dennoch um ein wirtschaftliches Angebot. Eine nochmalige Ausschreibung würde kein wirtschaftlicheres Ergebnis erzielen, sondern könnte vielmehr zu erneuten Preissteigerungen führen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat in einer Stellungnahme im Rahmen des Vergabevorganges der vorgeschlagenen Auftragsvergabe am 12.08.2011 zugestimmt (RPA-Nr. 141/22/84/11).

Im Haushalt 2010/2011 stehen bei der Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ ausreichend Mittel zur Verfügung.

### **Begründung der Dringlichkeit für die verfristete Vorlage im Ausschuss für Umwelt und Grün**

Im Rahmen eines europaweiten offenen Verfahrens wurde die Beschaffung ausgeschrieben. Der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, wurde gem. Vergabeordnung von der beabsichtigten Beauftragung unterrichtet. Wegen der Parlamentsferien wurde die Bindefrist bereits bis zum 15.10.2011 verlängert.

Selbst wenn der Mindestanbieter einer nochmaligen Verlängerung der Bindefrist bis zum 10.11.2011 (nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün) zustimmen würde, käme es zu einer Lieferverzögerung von mehreren Monaten und zu Störungen im Betriebsablauf.

Es besteht außerdem die Gefahr, dass nach Ablauf der Angebotsbindung das gesamte Verhandlungsverfahren aufgehoben werden muss mit zu erwartenden höheren Kosten für die Stadt Köln. Ferner ist der Bieter berechtigt, für seine Aufwendungen Schadenersatzforderungen zu erheben. Letztlich droht ein neues europaweites Ausschreibungsverfahren mit ungewissem Ausgang.

Anlagen 1 - 3